

Polizeigewerkschaft Stellenabbau gefährdet innere Sicherheit

Dresden (dpa). Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat ihre Warnung vor dem geplanten Stellenabbau in Sachsen erneuert und sieht durch die anstehende Reform die innere Sicherheit gefährdet. Das betreffe besonders die Regierungsbezirke Chemnitz und Dresden, hieß es in einem gestern veröffentlichten offenen Brief des Landesverbandes Sachsen der Gewerkschaft. Die Verwaltung werde auf Kosten der Polizisten vor Ort vergrößert. Außerdem solle erst die Kommunalreform umgesetzt werden, bevor eine neue Polizeistruktur festgelegt werde. Zudem verlangte die Gewerkschaft, speziell die künftigen Aufgaben der Bereitschaftspolizei zu klären.

Bei Sachsens Polizei sollen in den kommenden Jahren 2441 Stellen abgebaut werden. Bei der Bundespolizei sind in Sachsen 812 von rund 4870 Jobs gefährdet.

Sachsens Innenministerium konnte den Brief gestern „nicht nachvollziehen“. Weder bei der Bereitschafts- noch bei der Bundespolizei sei derzeit klar, wie künftige Strukturen aussehen würden, sagte Ministeriumssprecher Andreas Schumann. Innenminister Albrecht Buttolo werde seinen Bundeskollegen Wolfgang Schäuble (beide CDU) heute am Rande der Innenministerkonferenz auf das Thema Bundespolizei ansprechen.

www.dpog.de

Buga-Wochenende im Zeichen des Bergbaus

Gera/Ronneburg (dpa). Mit einer großen Bergparade, einem bergmännischen Konzert und einer Multimedia-Show zur Geschichte der Wismut steht die Bundesgartenschau (Buga) am Wochenende in Ronneburg im Zeichen des Bergbaus. Mehr als 1500 Bergleute – darunter acht Bergkapellen – ziehen am Sonntag bei der Parade durch die Stadt zum Buga-Areal. Morgen richtet die Wismut am Standort Lichtenberg ihren Tag der offenen Tür aus und informiert über den Stand der Sanierung des früheren Bergbaugesbietes.

Mädchen misshandelt: Fahndung nach Mann

Bautzen (ddp/dpa). Die Polizei in Bautzen sucht einen 40- bis 45-jährigen Mann, der am Pfingstmontag ein neunjähriges Mädchen sexuell misshandelt haben soll. Wie ein Polizeisprecher gestern in Görlitz sagte, war das Mädchen dem Mann nach ersten Ermittlungen freiwillig in einen Keller in der Nähe ihrer Wohnung gefolgt, wo der Übergriff geschah. Das Mädchen musste im Krankenhaus behandelt werden. Der Täter, der als fettlig bezeichnet wurde, spricht akzentfrei Deutsch und ist zwischen 1,60 und 1,70 Meter groß.

Brand in Dresden zerstört Halle

Dresden (dpa). Ein Großbrand in der Lagerhalle einer Entsorgungsfirma in Dresden hat gestern mehr als zwölf Stunden die Feuerwehr in Atem gehalten. Auf einer Fläche von etwa 2000 Quadratmetern stand ein etwa 15 Meter hoher Haufen Bauschutt, vermischt mit Müll, in Flammen. 16 Fahrzeuge und 50 Einsatzkräfte der Feuerwehr beteiligten sich am Kampf gegen die Flammen. Der Beginn der Brandbekämpfung hatte sich verzögert, da das Löschwasser erst an den Brandort herangeholt werden musste. Die Halle muss abgerissen werden. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Brandursache war gestern noch unklar.

REGION KOMPAKT

Das sächsische Innenministerium eröffnet heute sechs neue grenzüberschreitende Wanderwege nach Tschechien. Die Zahl dieser Wege erhöht sich damit auf insgesamt 60.

Ein 43 Jahre alter Mann ist in der Nacht zu gestern bei einer Messerstecherei in Chemnitz schwer verletzt worden. Als Tatverdächtige wurden zwei Männer im Alter von 53 und 44 Jahren festgenommen, die mit dem Opfer in dessen Wohnung gezecht hatten. Dabei war es zum Streit zwischen den Männern gekommen.

Die Autobahn 72 (Chemnitz-Hof) wird an diesem Sonntag zwischen den Anschlussstellen Stollberg-West und Hartenstein für vier Stunden komplett gesperrt. Im dortigen Baustellenbereich müssen zwischen 8 und 12 Uhr Fahrbahnmarkierungen erneuert werden. Eine Umleitungsstrecke wird ausgeschildert.

Ein auf frischer Tat ertappter Einbrecher hat sich in der Nacht zu gestern in der Kühltruhe eines Imbisses versteckt. Dort wurde der 26-Jährige von der alarmierten Polizei festgenommen. Ein Alkoholtest ergab gut zwei Promille. Die Diebesbeute betrug nach Polizeiangaben ein Euro in Münzen von einem, zwei und fünf Cent.

Magdeburgs IHK-Präsident bleibt im Amt

Trotz Stasi-Vergangenheit: Vollversammlung stellt sich hinter Klaus Heckmann



Klaus Heckmann

Magdeburg. Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Magdeburg hat sich gestern in einer außerordentlichen Sitzung hinter ihren Präsidenten Klaus Heckmann gestellt. Trotz dessen Stasi-Vergangenheit sprachen ihm 85 Prozent ihr Vertrauen aus, wie der Hauptgeschäftsführer der IHK Magdeburg, Wolfgang März, im Anschluss mitteilte. 15 Prozent stimmten gegen Heckmann. Dieser sagte, das Ergebnis gebe ihm die Kraft für die restlichen Monate seiner Amts-

zeit. Der Geschäftsführer eines Unternehmens ist seit 1996 ehrenamtlich Präsident der Wirtschaftsvertretung und bis Ende 2007 gewählt. Ob er sich erneut zur Wahl stellen will, ließ er offen. Grüne und SPD hatten seinen Rücktritt gefordert, ebenso Sachsen-Anhalts Stasi-Unterlagenbeauftragter Gerhard Ruden. „Wir müssen das Ergebnis respektieren und werden auch künftig mit demjenigen zusammenarbeiten, der von der IHK Magdeburg als Präsident gewählt ist“, sagte Sachsen-An-

halts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU). In seiner Eigenschaft als IHK-Präsident sitzt Heckmann seit 2002 im Wirtschaftsbeirat der Landesregierung. Die Linkspartei forderte eine eindeutige Aussage Böhmers zur Stasi-Vergangenheit seines Beraters. Die Öffentlichkeit habe Anspruch darauf zu erfahren, warum Heckmann die Landesregierung weiter beraten dürfe, sagte Wulf Gallert, Fraktionschef der Linkspartei. Der IHK-Präsident forderte ein Ende der Diskussionen um seine Person. Seine Stasi-Vergangenheit war An-

fang Mai bekannt geworden. Der 61-Jährige räumte ein, von 1986 bis 1989 für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR gearbeitet zu haben. Als Betriebsdirektor des Forschungs- und Entwicklungsbetriebes des Schwermaschinen- und Anlagenbaus habe er „Auskünfte in Personalfragen“ geben müssen. Die Stasi führte ihn als inoffiziellen Mitarbeiter unter dem Namen Stahl. Heckmann sagte, dass es ihm „außerordentlich leidtue“. Er habe aber niemandem geschadet. Dem Hauptgeschäftsführer der IHK zufolge hat sich im Vorfeld der gestrigen

Sitzung eine Arbeitsgruppe Heckmanns Stasi-Akte angesehen. Die Mitglieder hätten festgestellt, dass nichts gegen den Verbleib des Präsidenten in seinem Amt spreche. Heckmann sagte, er sei „sehr angespannt“ gewesen. Es sei um das Ansehen der IHK und seine Reputation gegangen. Er habe sich den Fragen gestellt, dann habe er den Saal verlassen, damit die Vollversammlung diskutieren könne. Die Abstimmung sei „absolut geheim“ gewesen, betonte März. 42 der 67 Vollversammlungmitglieder seien anwesend gewesen, das sei eine „überdurchschnittlich gute“ Beteiligung. *Markus Werning*



Wrackteile und Gepäckstücke liegen auf der Autobahn 4 bei Siebenlehn, wo sich gestern ein Pkw aus Berlin überschlagen hatte. Foto: Brennpunktfoto

Baby stirbt bei Unfall auf A 4

Siebenlehn (ddp). Ein wenige Monate altes Baby ist gestern bei einem schweren Verkehrsunfall nahe Siebenlehn (Kreis Freiberg) ums Leben gekommen. Das aus Berlin stammende Fahrzeug, in dem sich der Säugling befand, überschlug sich aus unbekanntem Grund auf der Autobahn 4 nach der Ausfahrt Siebenlehn, wie die Polizei mitteilte. Dabei erlitt das Kleinkind tödliche Verletzungen. Die 21 Jahre alte Mutter sowie der Vater erlitten schwere Verletzungen und mussten in ein Krankenhaus gebracht werden.

Die Frage, wer zum Zeitpunkt des Unfalls am Steuer des Wagens saß, konnte die Polizei zunächst nicht beantworten. Auch das Alter des Vaters sowie Details zu Unfallursache und -hergang waren zunächst nicht zu erfahren. Zur Bergung musste die Autobahn ab den Mittagstunden voll gesperrt werden. Der Verkehr wurde umgeleitet.

Die Polizei rief mögliche Zeugen des Unfalls auf, sich zu melden. Von ihren Aussagen erhofft sie sich Aufschluss über Einzelheiten des Unfallhergangs.

Bewährung für Schutzgelderpresser

Vermeintlicher Provinz-Mafioso aus Döbeln muss nicht hinter Gitter – seine Opfer haben bis heute Angst



Nikola T.

Leipzig. Der Döbelner Schutzgelderpresser Nikola T. (49) muss nicht hinter Gitter. Nach fast sechs Stunden Verhandlung am Leipziger Amtsgericht verurteilte der Vorsitzende Richter Marcus Pirk den gebürtigen Serben gestern zu zwei Jahren Haft, die allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Dabei galt Nikola T. zwischenzeitlich als eine Art Provinz-Mafioso. Es stellte sich allerdings recht schnell heraus, dass der Sohn jugoslawischer Gastarbeiter aus purer Finanznot – er hat 70 000 Euro Schulden – allein auf die Idee verfiel, mit erfundenen Horrorgeschichten Geld einzutreiben (diese Zeitung berichtete). Ende vorigen Jahres tischte er zunächst einem ihm bekannten Rechtsanwalt auf, dass jener sich in großer Gefahr befinde: Rechtsradikale hätten es auf ihn abgesehen, gegen Bar könne Nikola die Gefahr jedoch abwenden. Doch der Jurist zog es vor, sich gegebenenfalls selbst zu schützen. „Wenn's hart auf hart kommt“, sagte er

gestern, „hätte ich von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.“

Wenig später zimmerte der Angeklagte dann eine noch gewaltigere Drohkulisse zusammen: Dem Anwalt und Immobilienbesitzer Wolfgang M. eröffnete er, dass zwei Tschetschenen es auf ihn und seine Familie abgesehen hätten – Entführungen, abgehackte Gliedmaßen, sogar Mord seien zu befürchten. Er, Nikola, sei Botschafter einer Organisation ehemaliger Kameraden aus Serbien und könne jegliches Übel fernhalten. Wolfgang M. müsse dafür lediglich 10 000 Euro zahlen. „Wenn du dir aber nicht helfen lässt“, so Nikola T. mit großem Nachdruck, „passiert etwas ganz Schlimmes.“

„In dem Moment fing ich an zu zitern“, berichtete Wolfgang M. gestern vor Gericht. Er alarmierte schließlich das Landeskriminalamt, so dass Nikola T. am 13. Dezember festgenommen wurde und für fünf Monate in Untersuchungshaft kam. Gleichwohl habe er

noch immer Angst um sich und seine Familie, sagte Wolfgang M. „Ich überlebe deshalb, ob ich mich wirklich im nächsten Jahr wie geplant einem Bürgermeister-Wahlkampf in der Öffentlichkeit stelle oder ob ich nicht meinen Lebensmittelpunkt vollkommen verändere.“

Angesichts dieser Folgen für die Opfer der Erpressungen bezeichnete Richter Pirk die Taten als „Riesensauerei“. Mithin käme eine Haftaussetzung zur Bewährung nur „mit Hängen und Würgen“ zustande. Zudem muss der Verurteilte 500 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Verteidiger Ingo Stolzenburg hatte für eine Bewährungsstrafe wegen Betrugs plädiert. Staatsanwältin Anja Butenschön forderte hingegen wegen des Vorwurfs der räuberischen Erpressung eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren. Während der Angeklagte das Urteil akzeptierte, behielt sich die Staatsanwaltschaft vor, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen. *Frank Döring*

Schwarze Schafe und waches Auge

OK-Affäre: Mackenroth verspricht Aufklärung

Von SVEN HEITKAMP

Dresden. Es war ein bühnenreifer Auftritt in Saal 708 unter dem Dach des sächsischen Justizministeriums, doch der Neuigkeitwert der Aufführung hielt sich arg in Grenzen. Um 15.05 Uhr traten Justizminister Geert Mackenroth (CDU) samt Pressesprecher Martin Marx, der Leitende Dresdner Oberstaatsanwalt, Henning Drecol, und der Präsident des Landgerichts Waldshut-Tiengen, Wolfgang Eißer, feierlich vor die Mikrofone. Allein, zur Aufklärung der Öffentlichkeit in der Korruptionsaffäre trug das Quartett wenig bei.

Einzig der Name Eißers war bis dahin geheim gehalten worden. Der 57-jährige Jurist aus dem äußersten Süden Deutschlands, dessen Integrität laut Mackenroth über jeden Zweifel erhaben sei, solle der Dresdner Staatsanwaltschaft als „waches Auge“ zur Seite sein und die Ermittlungen beobachten. Er wolle „rückhaltlose Aufklärung“ der Vorwürfe von Korruption und Amtsmissbrauch, die die sächsische Justiz einem pauschalen Verdacht aussetzen würden. „Schwarze Schafe gehören nicht in den öffentlichen Dienst“, betonte Mackenroth. Er habe daher der Staatsanwaltschaft „jede für erforderlich erachtete Unterstützung zugesagt – natürlich im Rahmen der Möglichkeiten.“

Der Staatsanwaltschaft liegt bisher allerdings erst ein 40-seitiges Dossier des Verfassungsschutzes vor, in dem es um Amtsmissbrauch, Immobilienschie-

bereien, Kindesmissbrauch und kriminelle Netzwerke gehen soll, in die auch hochrangige Vertreter aus Justiz, Polizei und Politik verstrickt sein sollen. Gegen den früheren Leipziger Oberstaatsanwalt und heutigen Präsidenten des Chemnitzer Amtsgerichtes, Norbert Röger, läuft bereits ein Disziplinarverfahren. Um sich den Vorwurf der Mausechelen zu ersparen, war eine Kopie des Geheimdienstdossiers auch an Generalbundesanwältin Monika Harms gegangen. Es bleibe nun Frau Harms überlassen, ob sie die Ermittlungen an sich ziehe, so Mackenroth. Zum bisher fünfköpfigen Dresdner Ermittlerteam gehören nach Informationen dieser Zeitung neben dem Chef der Staatsanwaltschaft, Drecol, auch der Leiter der Anti-Korruptionseinheit Ines, Rainer Aradei-Odenkirchen, und drei weitere führende Staatsanwälte. Drecol zeigte sich jedoch zugeknöpft. „Wir prüfen, ob Verdachtsmomente vorliegen. Möglicherweise kommt viel Arbeit auf uns zu“, meinte Drecol, ohne Details zu nennen. „Das muss für heute genügen.“ Nach 35 Minuten war der Auftritt daher beendet.

Die Reaktion der Opposition fiel entsprechend scharf aus. Ein „Alibi-Aufklärer“ könne die Rechtsstaatskrise nicht bewältigen, meine Linkspartei-Rechtspolitiker Klaus Bartl. „Dubios und unzureichend“ sei das Agieren, jedes herausgehobene Verfahren werde konventionell behandelt. Die aktuelle „Vertrauenskrise“ verlange nach mehr Transparenz, forderte Grünen-Politiker Johannes Lichti und FDP-Mann Jürgen Martens kritisierte, der Versuch, Aufklärungswillen zu zeigen, sei „kläglich gescheitert“. Der Minister müsse seine Informationspolitik dringend überdenken.

Fachtagung Demenz will Neuorientierung

Dresden (epd/H.E.). Auf einer sächsischen Fachtagung über Demenz, die gestern in Dresden mit einem öffentlichen Forum mit Angehörigen von an Demenz erkrankten Menschen zu Ende gehen, haben Experten eine Neuorientierung in der Gesundheitspolitik gefordert. In jedem Landkreis müsse ein Kompetenzzentrum eingerichtet werden, das sich dem vor allem im Alter auftretenden medizinischen Phänomen widmet, heißt es in einer Mitteilung der Dresdner Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit. Außerdem solle zur kritischen Begleitung von Praxis und Politik eine Forschungsstelle gegründet werden. Sachsen sei bei der Betreuung von Demenzen noch ein „Entwicklungsland“. An der Fachtagung hatten 80 sächsische Fachleute aus Medizin, Pflege, Sozialarbeit und Psychologie teilgenommen.

Dresden hofft auf Gnade der Unesco

Dresden (dpa). Dresden will mit neuen Entwürfen für umstrittenen Waldschlösschenbrücke die Unesco-Denkmalstatus erlangen. Es gehe darum, ein Votum über die Aberkennung des Welterbe-Titels für das Dresdner Elbtal auszusetzen, sagte gestern Baubürgermeister Herbert Feßenmayr. Deshalb werde er mit dem amtierenden Oberbürgermeister Lutz Vogel (parteilos) zur nächsten Tagung des Welterbe-Komitees (23. Juni bis 1. Juli) nach Christchurch (Neuseeland) reisen. Die neuen Brückenentwürfe sollen am 8. Juni vorliegen und den Bürgern einen Tag später präsentiert werden. Der Stadtrat hat am 12. Juni darüber zu befinden. „Die Chance für einen Kompromiss besteht ganz sicher, weil wir als Stadt etwas dafür getan haben“, sagte Feßenmayr.

Harms lässt sächsische Akten prüfen

Leipzig. Generalbundesanwältin Monika Harms hat die sächsischen Verfassungsschutzakten zur Korruptionsaffäre erhalten. „Wir haben die uns zugesandten Unterlagen bekommen. Sie werden jetzt geprüft – und dann werden wir feststellen, ob wir zuständig sind oder nicht“, sagte sie gestern dieser Zeitung. „Wir haben ja keine allumfassende Zuständigkeit“, erläuterte sie. Ihre Behörde dürfe sich nur „einem eng umgrenzten Bereich strafrechtlicher Delikte“ widmen.

Nach Recht und Gesetz greift die Generalbundesanwältin bei schwerwiegenden Fällen ein, die die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik in besonderem Maße berühren. In Sachsen war die Einbeziehung von Harms gefordert worden, da hiesige Ermittler selbst in die Affäre verstrickt sein könnten.

„Wenn wir eine Zuständigkeit haben, werden wir nach Recht und Gesetz ermitteln“, sagte Harms dieser Zeitung. Näher festlegen wollte sich die Juristin nicht. „Wir wissen ja gar nicht, was wirklich gewesen sein soll.“ Die Karlsruher Chef-Ermittlerin nahm gestern in Leipzig an der Amtseinführung der neuen Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts teil. Harms selbst war 1996 mit dem 5. Senat des Bundesgerichtshofes als Richterin nach Leipzig gekommen und dort von 1999 bis 2006 Senatsvorsitzende. Von der vermuteten Leipziger Korruptionsaffäre in den 90er Jahren, in die auch Juristen verwickelt gewesen sein sollen, habe sie selbst nichts mitbekommen, erklärte Harms. „Was da im Raum steht, von dem habe ich nichts gewusst.“ *Armin Götz*

ANZEIGE

Die Bahn **BUGA-Kombi-Ticket für nur 22 EUR.**
Aus ganz Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur BUGA und zurück. Eintritt inklusive. Infos: www.bahn.de/buga2007 Die Bahn macht mobil.

BUGA 07
GERA UND RONNEBURG
27.4.-14.10.2007

Verein will Nobelpreis für Postel

Leipzig. Die Idee scheint absurd und aussichtslos – ist aber völlig ernst gemeint: Hochstapler Gert Postel soll den Nobelpreis für Medizin bekommen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener hat im Bunde mit weiteren Vereinen dazu eine Kampagne gestartet. Damit soll beim Nobelpreis-Komitee eine Nominierung des Ex-Kriminellen erreicht werden.

Der gelernte Briefträger hatte sich wiederholt mit gefälschten Zeugnissen Anstellungen als Arzt verschafft und war in den 90ern zweieinhalb Jahre als Oberarzt und vermeintlicher Psychiater im sächsischen Krankenhaus Zschadraß (Muldentalkreis) tätig. Am Leipziger Landgericht brachte ihm das vier Jahre Haft ein. Postel, so behaupten nun die Initiatoren, habe „bewiesen, dass es gar kein psychiatrisches Wissen gibt“. Zudem sehen sie sein Wirken als empirischen Beweis für das Nichtvorhandensein psychischer Krankheit.

Der 48-Jährige ist selbst Schirmherr der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener. Unterstützt wird die Kampagne unter anderem von einem Internationalen Verband gegen psychiatrischen Missbrauch und von der Irren-Offensive e. V. Postel selbst reagierte auf den Vorstoß gestern auf Anfrage dieser Zeitung erfreut und setzte in gewohnter Weise zum nächsten irrwitzigen Höhenflug an: „Danach käme die Medizinische Fakultät der Universität Leipzig in Zugzwang und müsste mir die Ehrendoktorwürde verleihen.“ *A. G.*